

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dorothee Menzner, Dr. Barbara Höll, Eva Bulling-Schröter, Nicole Gohlke, Harald Koch, Ralph Lenkert, Ulla Lötzer, Richard Pitterle, Michael Schlecht, Sabine Stüber, Dr. Axel Troost, Johanna Voß, Sahra Wagenknecht und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin

zur Aktuellen Lage in Japan

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag ist bestürzt über die jüngsten Ereignisse in Japan. Der Deutsche Bundestag ist fassungslos angesichts tausender Todesopfer und hunderttausender Menschen ohne Obdach. Unsere Gedanken sind bei den Opfern, ihren Angehörigen und bei allen Menschen in Japan, die nach Tsunami und Erdbeben nun auch eine nukleare Katastrophe erleben müssen. Das Desaster trifft ein Land, das bereits nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki die unfassbaren Auswirkungen einer nuklearen Katastrophe erleiden musste.

Kurz vor dem 25. Jahrestag der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl führt uns die Havarie der japanischen Atomkraftwerke auf dramatische Weise abermals die unbeherrschbaren Gefahren der Atomkraft vor Augen. Die schrecklichen Ereignisse in Japan verdeutlichen uns erneut: Der Betrieb von Atomkraftwerken ist unverantwortbar, in Japan, in Deutschland, überall.

Jetzt müssen Konsequenzen gezogen werden. Atomenergie ist keine „Brückentechnologie“ ins erneuerbare Zeitalter, sondern kann in den Abgrund der nuklearen Katastrophe führen. Deutschland muss unverzüglich und unumkehrbar aus der Atomkraft aussteigen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. mit all ihren Möglichkeiten die Menschen in Japan zu unterstützen;
2. einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes vorzulegen, der das Verbot der Nutzung von Atomtechnologien für militärische Zwecke sowie zur Energiegewinnung vorsieht;

3. alle Atomkraftwerke in Deutschland unverzüglich, d. h. ohne schuldhaftes Zögern, stillzulegen:
 - die sieben ältesten Atomkraftwerke – Biblis A, Neckarwestheim 1, Biblis B, Brunsbüttel, Isar 1, Unterweser und Philippsburg 1 – sowie das Pannen-Atomkraftwerk Krümmel sind sofort und auf Dauer stillzulegen;
 - bis zum 30. April 2011 ein Atomausstiegsgesetz vorzulegen, das die unverzügliche Abschaltung der übrigen Atomkraftwerke regelt;
4. einen Gesetzentwurf für ein Exportverbot jeglicher Technologien und Produkte vorzulegen, die der Nutzung der Atomtechnologie für militärische Zwecke sowie zur Energiegewinnung dienen können;
5. ein Sofortprogramm für die erneuerbare Energiewende zu beschließen, das den massiven Ausbau erneuerbarer Energien, eine Energieeffizienzoffensive, einen Netzausbauplan sowie die Entwicklung und Etablierung effizienter Speichertechnologien beinhaltet;
6. sich entschieden für die Auflösung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft einzusetzen und die damit einhergehende Förderung der Atomenergie zu beenden;
7. bei den Vereinten Nationen entschieden auf einen weltweiten Ausstieg aus der Atomenergie für militärische Zwecke sowie zur Energiegewinnung zu drängen und sich für ein Moratorium für alle weltweit geplanten Neubauten von Atomanlagen für militärische Zwecke und zur Energiegewinnung einzusetzen.

Berlin, den 16. März 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Es gibt keine sicheren Atomkraftwerke. „Abschalten“, die Forderung der Anti-Atom-Bewegung und der Mehrheit der Bevölkerung, muss Leitmotiv deutscher Politik werden. Sollte die Mehrheit des Deutschen Bundestages dieser Forderung nicht folgen, sollen in allen Bundesländern mit Atomkraftwerken Volksentscheide über das Abschalten der dortigen Atomkraftwerke durchgeführt werden.